

Niederschrift

über die

11. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Burglengenfeld

Sitzungstermin:	Donnerstag, 26.03.2015
Sitzungsort/-raum:	im historischen Rathaussaal
Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	19:45 Uhr

Zur heutigen Sitzung des Stadtrates wurden von Bürgermeister Thomas Gesche sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen. Zu Beginn der Sitzung waren Bürgermeister Thomas Gesche als Vorsitzender und 22 der 24 Mitglieder des Stadtrates anwesend.

Der Stadtrat war beschlussfähig, da sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen waren und die Mehrheit anwesend und stimmberechtigt war.

Zeitpunkt und Ort der öffentlichen Sitzung wurden unter Angabe der Tagesordnung ortsüblich bekannt gemacht.

Gegen die Tagesordnung wurden keine Einwendungen vorgebracht.

Bürgermeister Gesche begrüßte alle Stadträte, Ortsprecher, Vertreter der Verwaltung, von der Mittelbayerischen Zeitung Herrn Baumgarten, alle Zuhörer und die Zuhörer zu Hause vor dem Computer.

Um 19:31 wurde die öffentliche Sitzung geschlossen. Beginn des nichtöffentlichen Teils erfolgte um 19:42 Uhr.

Bürgermeister Gesche wünschte allen Bürgern einen schönen Abend und einen guten Nachhauseweg.

Stadtrat Andreas Beer verlässt von 18:23 bis 18:25 Uhr bei Top 6, Freiwillige Feuerwehr Dietldorf – Bestätigung des 1. Kommandanten Andreas Beer und des 2. Kommandanten Peter Kellner den Platz wegen persönlicher Beteiligung.

Um 19:47 wurde die nichtöffentliche Sitzung geschlossen.

Bürgermeister Gesche wünschte allen Stadträten einen schönen Abend und einen guten Nachhauseweg.

Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Funktion Name, Vorname	Bemerkung
1. Bürgermeister:	
Gesche, Thomas 1. Bürgermeister	
Stadtratsmitglieder:	
Beer, Andreas jun. Stadtrat	verlässt den Tisch von 18:23 Uhr - 18:25 Uhr
Bernet, Christina Dr. Stadträtin	
Bösl, Sebastian Stadtrat	
Deml, Hans Stadtrat	
Deschl, Karl Stadtrat	
Ehrenreich, Oliver Stadtrat	
Ehrenreich, Sabine Stadträtin	
Glatzl, Hans Stadtrat	
Graf, Max Stadtrat	entschuldigt - Krank
Gruber, Josef 3. Bürgermeister	
Hofmann, Christine	
Hofmann, Thomas Stadtrat	
Karg, Heinz Stadtrat	
Konopisky, Roland Stadtrat	
Krebs, Bernhard 2. Bürgermeister	
Lorenz, Theo Stadtrat	
Mulzer, Barbara Stadträtin	
Plecher, Georg Stadtrat	
Schaller, Michael Stadtrat	
Schreiner, Albin Stadtrat	
Schwarz, Christoph Stadtrat	
Steinbauer, August Stadtrat	
Vohburger, Evi Stadträtin	
Wein, Peter Stadtrat	entschuldigt
Ortssprecher:	
Auer, Josef jun. Ortssprecher	verlässt um 19:35 Uhr die Sitzung
Ehrnsperger, Jürgen Ortssprecher	
Feurerer, Yvonne Ortssprecherin	
Verwaltung:	
Frieser, Elke Stadtkämmerin Leiterin Kämmerei	entschuldigt
Haneder, Franz Stadtbaumeister Leiter Stadtbauamt	
Hitzek, Michael Pressereferent	
Kolb, Fritz VOAR Leiter Bauverwaltung	
Schneeberger, Gerhard VAR, Leiter Bürgerbüro	entschuldigt
Wittmann, Thomas VOAR Leiter Hauptamt	
Schriftführerin:	
Lorenz, Regina Verwaltungsangestellte	

Nicht anwesend waren:

Funktion Name, Vorname	Bemerkung
Schriftführerin:	
Faltermeier, Susanne Verwaltungsangestellte	

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung:

1. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 25.02.2015
2. Neubesetzung der Ausschüsse auf Grund des Ausscheidens von Frau Claudia Schindler aus dem Stadtrat
3. Städtische Friedhöfe Burglengenfeld-Teublitz gKU
hier: Bestellung des Vorstands
4. Antrag der BWG-Stadtratsfraktion vom 22.12.2014 auf Anpassung der Arbeitsvertraglichen Regelungen sämtlicher Reinigungskräfte und weiterer Beschäftigtengruppen an den TVöD
5. Neubau einer Wohnanlage mit 82 Wohneinheiten und Tiefgarage auf dem Grundstück Fl.Nr. 1741/13 der Gem. Burglengenfeld, Im Naabtalpark – Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens
 - 5.1 Neubau einer Wohnanlage mit 24 Wohneinheiten und Tiefgarage auf dem Grundstück Fl.Nr. 1741/7 der Gem. Burglengenfeld, Im Naabtalpark – Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens
 - 5.2 Neubau einer Getreide-Lagerhalle auf dem Grundstück Fl.Nr. 461 der Gemarkung Lanzenried, Katzenhüll 1 – Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens
6. Freiwillige Feuerwehr Dietldorf – Bestätigung des 1. Kommandanten Andreas Beer und des 2. Kommandanten Peter Kellner
7. Planungen im Bereich des Kindergartenwesens – Unterbringung einer weiteren Gruppe
8. Antrag der BWG-Stadtratsfraktion vom 15.03.2015 auf Erhalt des Wohlfühlbades Bulmare
9. Anfragen nach § 31 der Geschäftsordnung / Informationen des Bürgermeisters

Protokoll

A) Öffentliche Sitzung:

Beschluss

Nr.:202

Gegenstand:	Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 25.02.2015
--------------------	--

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 22 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Das Protokoll über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 25.02.2015 wurde am 23.03.2015, an die Gremienmitglieder per Post versendet.

Beschluss:

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll über die öffentliche Sitzung vom 25.02.2015.

einstimmig

Beschluss

Nr.:203

Gegenstand:	Neubesetzung der Ausschüsse auf Grund des Ausscheidens von Frau Claudia Schindler aus dem Stadtrat
--------------------	--

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 22 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmbe-rechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Durch das Ausscheiden von Frau Claudia Schindler aus dem Stadtrat und dem Nachrücken von Frau Christine Hofmann ergeben sich Änderungen bei den Ausschussbesetzungen.

Die CSU-Fraktion hat mitgeteilt, dass die bisher von Frau Claudia Schindler wahrgenommen Ausschusssitze künftig Frau Christine Hofmann einnehmen wird.

Für die CSU-Fraktion ergeben sich die nachstehend aufgeführten Mitgliedschaften in den einzelnen Ausschüssen:

Bezeichnung d. Ausschusses	Ausschussmitglied	1. Ersatzmitglied	2. Ersatzmitglied
Finanz- u. Personal-ausschuss	Gruber Josef Schwarz Christoph	Hofmann Christine Schaller Michael	Plecher Georg Hofmann Thomas
Bau,- Umwelt- und Verkehrsausschuss	Gruber Josef Hofmann Thomas	Plecher Georg Schaller Michael	Schwarz Christoph Hofmann Christine
Kultur-, Bildungs- u. Sozialausschuss	Plecher Georg Hofmann Christine	Schwarz Christoph Gruber Josef	Schaller Michael Hofmann Thomas
Wirtschafts-, neue Medien- u. Arbeitsaus-schuss	Schaller Michael Schwarz Christoph	Hofmann Thomas Plecher Georg	Gruber Josef Hofmann Christine
Rechnungsprüfungs-Ausschuss	Schwarz Christoph Plecher Georg	Hofmann Christine Hofmann Thomas	Schaller Michael Gruber Josef
Geschäftsordnungs-ausschuss	Schaller Michael Gruber Josef	Hofmann Thomas Plecher Georg	Schwarz Christoph Hofmann Christine

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der neuen Ausschussbesetzung der CSU-Fraktion und stimmt dieser zu.

einstimmig

Beschluss

Nr.:204

Gegenstand:	Städtische Friedhöfe Burglengenfeld-Teublitz gKU hier: Bestellung des Vorstands
--------------------	--

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 22 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Mit Beschluss vom 10.12.2014 genehmigte der Stadtrat die Unternehmenssatzung zur Gründung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens im Bereich Bestattungswesen mit der Stadt Teublitz, welches die Betreuung der Friedhöfe und das Bestattungswesen übernimmt.

Dieses Unternehmen wird von einem Vorstand geleitet, das Beschlussgremium ist der Verwaltungsrat, dessen Mitglieder aus den Reihen des Stadtrates von Burglengenfeld bereits benannt sind.

Das Unternehmen soll ab 01.04.2015 seinen Betrieb aufnehmen.

Um die dafür erforderlichen Vorarbeiten zügig abwickeln zu können musste auch der Vorstand des Unternehmens bestimmt werden, der nach § 4 Abs. 2 der Unternehmenssatzung vom Verwaltungsrat bestellt wird.

Bei dieser Entscheidung ist der Verwaltungsrat bzw. sind die von der Stadt Burglengenfeld entsandten Verwaltungsratsmitglieder nach § 6 Abs. 3 Satz 2 der Unternehmenssatzung an die Weisungen des Stadtrates von Burglengenfeld gebunden.

Im Interesse einer zügigen Abwicklung der Gründungsformalitäten wurde nun Herr Friedrich Gluth, Vorstand der Stadtwerke Burglengenfeld zum Vorstand dieses gemeinsamen Kommunalunternehmens bestellt.

Dieses Vorgehen ist mit der Stadt Teublitz abgesprochen und wir bitten um Genehmigung dieser Entscheidung.

Beschluss:

Der Stadtrat genehmigt die Bestellung von Herrn Friedrich Gluth zum Vorstand der Städtische Friedhöfe Burglengenfeld-Teublitz gKU.

Abstimmungsergebnis:

Mit 21 gegen 2 Stimmen

Beschluss

Nr.:205

Gegenstand:	Antrag der BWG-Stadtratsfraktion vom 22.12.2014 auf Anpassung der Arbeitsvertraglichen Regelungen sämtlicher Reinigungskräfte und weiterer Beschäftigtengruppen an den TVöD
--------------------	---

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 22 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmbe-rechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Mit Schreiben vom 22.12.2014 beantragt die Stadtratsfraktion der Burglengenfelder Wählergemeinschaft sämtliche bei der Stadt Burglengenfeld, den Stadtwerken und den Tochterunternehmen Beschäftigten zu den Konditionen des TVöD anzustellen.

Den genauen Wortlaut des Antrags bitten wir dem beiliegenden Antragsschreiben vom 22.12.2014 zu entnehmen.

Die Stadt hat bereits erste Schritte in Richtung der Gleichbehandlung aller bei Stadt, Stadtwerken und Tochterunternehmen Beschäftigten unternommen.

So ist zum 01.01.2015 die Personalservice Burglengenfeld GmbH aufgelöst und die Beschäftigten von Stadt und Stadtwerken übernommen worden. Der Tarifvertrag Zeitarbeit findet somit im Bereich von Stadt und Stadtwerken keine Anwendung mehr.

Weiterhin hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 01.09.2014 beschlossen, die Reinigungsleistungen in den bisher an Fremdfirmen vergebenen Bereichen des Schulzentrums nur noch für das laufende Schuljahr 2014/2015 letztmals zu vergeben, da eine Übernahme dieser Reinigungsarbeiten durch eigene Kräfte in der Kürze der Zeit zum Anfang des Schuljahres nicht mehr möglich war. Der Stadtrat hat dann festgelegt, dass ab Beginn des Schuljahres 2015/2016 das Schulzentrum vollständig durch eigene Kräfte gereinigt werden soll.

Die Ermittlung des Personalbedarfs läuft derzeit, danach erfolgt rechtzeitig eine entsprechende Stellenausschreibung zur Gewinnung des benötigten Personals.

Die etwaige Übernahme von geringfügig Beschäftigten in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis ist in der Stadtverwaltung ein Dauerthema. Hier ist zunächst der Personalbedarf maßgebend, vor allem die Betreuungskräfte im Schulzentrum (Mittagsverpflegung, verlängerte Mittagsbetreuung, offene Ganztagschule) werden nur stundenweise benötigt und haben dann entsprechend geringe Wochenarbeitszeiten.

Viele Beschäftigte wollen keinen Wechsel, da sie kein erhöhtes Zeitbudget einbringen wollen, auch noch andere Beschäftigungen haben oder nicht mehr hinzuverdienen dürfen, um keine Einkommensgrenzen zu überschreiten.

Hier ist jeder Einzelfall mit seinen individuellen Eigenheiten zu betrachten, bisher konnten entsprechenden Wünschen (etwa anlässlich der Auflösung der PSB GmbH) Rechnung getragen werden indem ein erhöhter Stundenbedarf durch entsprechende Stundenerhöhung einer bisher geringfügig beschäftigten Kraft abgedeckt wird.

Im Bereich des Bulmare Ganzjahresbads hat der Aufsichtsrat zum 01.01.2015 eine umfangreiche Erhöhung der Stundenlöhne beschlossen um eine Annäherung an den TVöD herbeizuführen.

Generell ist festzuhalten, dass die Angleichung an den TVöD zur Besserstellung der Beschäftigten hinsichtlich der tarifvertraglichen Ansprüche führt, dies aber auch wesentliche Kostenmehrungen zur Folge hat.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, diesen Antrag im Rahmen der Haushaltsberatungen abschließend zu behandeln.

Beschluss:

Der Antrag der BWG-Fraktion vom 22.12.2014 auf Angleichung der Arbeitsbedingungen sämtlicher Beschäftigten von Stadt und Stadtwerken ist bei der Beratung des Haushalts erneut vorzulegen.

einstimmig

Bürgermeister Gesche sagte zu Top 4:

Zu dem Antrag der BWG ist zusagen, dass es sich um einen sehr durchsichtigen Showantrag handelt, mit welchem man versucht die Bürger zu täuschen. Denn komischer Weise beantragen genau die Personen, die eine PSB mit eingeführt haben, also eine Leiharbeitsfirma welche nach dem Tarifvertrag Zeitarbeit gezahlt hat, und diejenigen die aber an mancher Stelle auch sinnvoller Weise auf Fremdvergabe und somit auf Kosteneinsparung gesetzt haben, beantragen diese Personen nun die Rolle rückwärts.

Und wahrscheinlich werden wir gleich hören, dass der Antrag für soziale Gerechtigkeit steht, dass die bisherige Politik ungerecht ist oder was auch immer, aber da darf ich dann nur mal erinnern, auf wessen Intention und durch welche Mehrheit die PSB abgeschafft wurde.

Werte Kolleginnen und Kollegen, dieser Antrag ist durchsichtig, ist nicht glaubhaft und ist vor allem populistisch.

Aber fernab jeder Wertung, völlig falsch wäre es aber zum jetzigen Zeitpunkt extreme Kostenmehrungen zu beschließen, wo wir grade kurz vor der Haushaltsdebatte stehen. Die Empfehlung der Verwaltung kann daher nur lauten, ohne das Thema heute abschließend zu behandeln, die entsprechende Beratung nach der Haushaltsaufstellung durchzuführen.

Beschluss

Nr.:206

Gegenstand:	Neubau einer Wohnanlage mit 82 Wohneinheiten und Tiefgarage auf dem Grundstück Fl.Nr. 1741/13 der Gem. Burglengenfeld, Im Naabtalpark – Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens
--------------------	---

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 22 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmbe-rechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Der Bauherr beabsichtigt, auf dem Grundstück Fl.Nr. 1741/13 der Gemarkung Burglengenfeld (in der Ladung fälschlicherweise als Fl.Nr. 1741/7 bezeichnet) mit einer Größe von 11.528 m², ein Wohnobjekt mit 82 Wohneinheiten zu errichten.

Das Wohnobjekt besteht aus einem Erschließungsturm mit Penthouse-Wohnung im Dachgeschoss und drei Gebäuden, welche sternförmig an diesen angebunden sind und deren Schenkelmaße 36m betragen.

Die auf dem Grundstück stehende Sporthalle wird abgerissen und der Baumbestand gerodet. Für die gerodeten Bäume werden Ausgleichsmaßnahmen im Bereich der Burg durchgeführt.

Alle Wohnungen werden barrierefrei errichtet.

Die Wohnungen können durch alle Altersklassen genutzt werden.

Die Erschließung des Grundstücks 1741/13 erfolgt von der Holzheimer Straße. Die Ver- und Entsorgung der Wohngebäude ist gesichert.

Entsprechend der Stellplatzsatzung der Stadt Burglengenfeld werden die benötigten 123 Stellplätze auf dem eigenen Grundstück bereitgestellt, davon 109 Tiefgaragen- und 14 oberirdische Stellplätze.

Die Wohngebäude werden in traditioneller Bauweise errichtet. Der dreigeschossige Baukörper mit zurückspringendem Dachgeschoss und Tiefgarage passt sich hervorragend der vorhandenen Bebauung an. Jedes Gebäude verfügt über einen behindertengerechten Zugang sowie für die innere Erschließung einen Aufzug in alle Geschosse.

Die Wohnungen sind mit Terrasse im Erd- und Obergeschoss, in den übrigen Geschossen mit Balkon oder Wintergarten ausgestattet. Die behindertengerechten Bäder verfügen über die erforderlichen Bewegungsflächen und bodengleiche Duschen.

Beschluss:

Dem Neubau einer Wohnanlage mit 82 Wohneinheiten und Tiefgarage auf der Fl.Nr. 1741/13 der Gem. Burglengenfeld wird das gemeindliche Einvernehmen erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Mit 7 gegen 16 Stimmen *abgelehnt*

Bürgermeister Gesche erklärte, dass sich der Antrag auf Errichtung von 82 Wohneinheiten im Naabtalpark befasst. Mit diesem Thema war sowohl der Bauausschuss als auch der Stadtrat bereits befasst. Es handelt sich hierbei um einen durchaus nachvollziehbaren Antrag der möglichen Bauherren auf eine Nachverdichtung im Stadtgebiet.

Bisher wurden hauptsächlich die direkte Lage im Schulumfeld und eine eventuell nicht gegebene Einfügung in das umliegende Gebiet im Stadtrat thematisiert. Mit dem Wunsch eine kleingliedrige Bebauung zu erhalten, stimmte der Stadtrat dafür, dass ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll.

Von einer kleingliedrigen Planung kann man zwar nach wie vor nicht sprechen, aber es erfolgte durchaus eine Auflockerung der Bebauung und die Lieferung eines schlüssigen Gesamtkonzeptes inkl. barrierefreien Wohnungen durch einen Aufzug und dem Bau einer Tiefgarage.

Beschluss

Nr.:207

Gegenstand:	Neubau einer Wohnanlage mit 24 Wohneinheiten und Tiefgarage auf dem Grundstück Fl.Nr. 1741/7 der Gem. Burglengenfeld, Im Naabtalpark – Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens
--------------------	--

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 22 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Der Bauherr beabsichtigt, auf dem Grundstück Fl.Nr. 1741/7 der Gemarkung Burglengenfeld mit einer Größe von 18.183 m², eine Wohnanlage mit 24 Wohneinheiten zu errichten.

Das Wohngebäude ist 47,99 m lang und 19,74 m breit. Die Gesamtwohnfläche beträgt 1196 m².

Der vorhandene Baumbestand wird gerodet. Für die gerodeten Bäume werden Ausgleichsmaßnahmen auf der Burg durchgeführt.

Alle Wohnungen werden behindertengerecht errichtet.

Die Wohnungen können durch alle Altersklassen genutzt werden.

Die Erschließung des Wohngebäudes auf dem Grundstück 1741/7 erfolgt von der Straße „Im Naabtalpark“ (ehem. Hotel) aus. Die Ver- und Entsorgung der Wohngebäude ist gesichert.

Entsprechend der Stellplatzsatzung der Stadt Burglengenfeld werden 36 Stellplätze auf dem eigenen Grundstück bereitgestellt, davon 21 Tiefgaragen- und 15 oberirdische Stellplätze.

Das Wohngebäude wird in traditioneller Bauweise errichtet. Der dreigeschossige Baukörper mit Tiefgarage passt sich hervorragend der vorhandenen Bebauung an. Das Gebäude verfügt über einen barrierefreien Zugang sowie für die innere Erschließung einen Aufzug in alle Geschosse.

Die Wohnungen sind mit Terrassen im Erdgeschoss und in den übrigen Geschossen mit Balkon oder Wintergarten ausgestattet. Die barrierefreien Bäder verfügen über die erforderlichen Bewegungsflächen und bodengleiche Duschen.

Beschluss:

Dem Neubau einer Wohnanlage mit 24 Wohneinheiten und Tiefgarage auf der Fl.Nr. 1741/7 der Gem. Burglengenfeld wird das gemeindliche Einvernehmen erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Mit 4 gegen 19 Stimmen *abgelehnt*

Bürgermeister Gesche sagte, dass TOP 5.2. sich ähnlich darstellt, wie TOP 5.1.

Beschluss

Nr.:208

Gegenstand:	Neubau einer Getreide-Lagerhalle auf dem Grundstück Fl.Nr. 461 der Gemarkung Lanzenried, Katzenhüll 1 – Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens
--------------------	---

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 22 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

siehe Planvorlage

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Burglengenfeld erteilt für den Neubau einer Getreide-Lagerhalle auf dem Grundstück Fl.Nr. 461 der Gemarkung Lanzenried, Katzenhüll 1 das gemeindliche Einvernehmen.

einstimmig

Beschluss

Nr.:209

Gegenstand:	Freiwillige Feuerwehr Dietldorf – Bestätigung des 1. Kommandanten Andreas Beer und des 2. Kommandanten Peter Kellner
--------------------	--

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 22 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Bei den turnusmäßigen Neuwahlen am 22.11.2014 wurden unter anderem die Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Dietldorf neu gewählt.

Herr Andreas Beer wurde von den Aktiven einstimmig zum 1. Kommandanten gewählt.

Herr Peter Kellner wurde von den Aktiven einstimmig zum 2. Kommandanten gewählt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Burglengenfeld bestätigt den 1. Kommandanten Andreas Beer, Dietldorf 23, 93133 Burglengenfeld, und den 2. Kommandanten Peter Kellner, Dietldorf 27, 93133 Burglengenfeld der Freiwilligen Feuerwehr Dietldorf.

einstimmig

Stadtrat Andreas Beer verlässt von 18:23 bis 18:25 Uhr bei Top 6, Freiwillige Feuerwehr Dietldorf – Bestätigung des 1. Kommandanten Andreas Beer und des 2. Kommandanten Peter Kellner den Platz wegen persönlicher Beteiligung.

Beschluss

Nr.:210

Gegenstand:	Planungen im Bereich des Kindergartenwesens – Unterbringung einer weiteren Gruppe
--------------------	---

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 22 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Die Einschreibungen bzw. Anmeldungen für die drei bestehenden Kindergärten im Stadtgebiet sind abgeschlossen worden. Die Kindergartenleitungen haben die Anmeldelisten verglichen, um Mehrfachanmeldungen bereinigen und daraufhin die Gruppeneinteilungen für das kommende Kindergartenjahr 2015/2016 planen zu können.

Nach Abschluss dieser Vorarbeiten steht fest, dass derzeit ca. 27 Kinder nicht aufgenommen werden können und die vorhandenen Raumkapazitäten um eine Gruppe erhöht werden müssen. Anhand der vorliegenden Bedarfsmeldungen der Eltern wird diese neue Gruppe eine Ganztagsgruppe sein.

Die Verwaltung hat mit allen Kindergartenträgern in Burglengenfeld wegen eines evtl. kurzfristig umsetzbaren Ausbaus der Raumkapazitäten gesprochen. Da die beiden katholischen Pfarreien derzeit ihre oberste Priorität auf den Erhalt und die Renovierung bzw. Sanierung des bestehenden Gebäudebestands legen, haben sie keine finanziellen Kapazitäten, weitere Einrichtungen zu schaffen oder vorhandene Einrichtungen zu vergrößern.

Die Pfarrei St. Josef könnte sich vorstellen, einen Teil des Kirchengrundstücks für einen Neubau zur Verfügung zu stellen.

Im Falle der Trägerschaft im Bereich der katholischen Kirche wären die Terminvorgaben (Inbetriebnahme der neuen Räume für die zusätzliche Gruppe) kaum einzuhalten, da die Bischöfliche Finanzkammer und die Bauabteilung der Diözese die Angelegenheit prüfen und bewilligen müssen. Ein rechtzeitiger Baubeginn, der eine Inbetriebnahme im September 2015 ermöglichen würde, ist so nicht vorstellbar.

Die evangelische Kirchengemeinde hat derzeit keine Planungen in diese Richtung und auch kein Grundstück, das angeboten werden könnte.

Von den Trägern hat einzig die Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz, ein schnell umsetzbares Konzept aus der Schublade geholt. Diese Planung sieht vor, den bisher im Obergeschoss des AWO-Kindergartens an der Pestalozzistraße vorhandenen Mehrzweckraum in einen Gruppenraum mit den er-

forderlichen Nebenräumen umzubauen und einen neuen Mehrzweckraum im Bereich des Gartens hinter dem bestehenden Gebäude zu schaffen, wobei dieser neue Mehrzweckraum in die Böschung hinein gebaut würde.

Diese Planung ist schnell umsetzbar. Weiterer Vorteil: Der AWO-Kindergarten liegt in der Nähe des Baugebiets Hussitenweg. Zudem kann die AWO einen Beitrag zu den Investitionskosten leisten, indem das Grundstück bereitgestellt und auch eine Geldleistung erbracht werden kann. Eine erste Kostenschätzung geht von Baukosten in Höhe von insgesamt 428.500,00 € aus, wozu noch die Kosten der Ausstattung und Planungskosten kommen. Bauherr der Anlagen wäre die Arbeiterwohlfahrt.

Als zügig umsetzbare Alternative zu dieser Lösung besteht die Möglichkeit, im Naabtalpark in der unmittelbaren Nähe zur Kinderkrippe, welche von der Johanniter-Unfallhilfe betrieben wird, eine Kindergartengruppe in Modulbauweise unterzubringen. Die erschließungstechnischen Voraussetzungen für eine zügige Umsetzung liegen an diesem Standort vor, da die Leitungen bereits verlegt sind. In diesem Fall bietet es sich an, der Johanniter-Unfallhilfe den Betrieb dieser Gruppe zusammen mit der bestehenden Kinderkrippe anzubieten.

Die Verwaltung schlägt vor, mit der AWO-Bezirksleitung über den Ausbau des bestehenden Kindergartens zu verhandeln, da mittelfristig eine zusätzliche Gruppe gerade in der Nähe der neuen Baugebiete am Hussitenweg benötigt wird und für einen weiteren mittelfristigen Bedarf der Standort im Naabtalpark zur Verfügung steht.

Aufgrund der Eilbedürftigkeit und weil die Verwaltung erst die Gespräche mit evtl. Partnern im Betrieb eines Kindergartens durchführen wollte, wurde dieser Punkt ohne Vorberatung im Ausschuss auf die Tagesordnung genommen.

Beschluss:

Der Stadtrat erkennt den Bedarf an einer zusätzlichen Kindergartengruppe an und beauftragt die Verwaltung, mit der Arbeiterwohlfahrt weitere Verhandlungen über die Planung, Umsetzung und Finanzierung des im Bericht dargestellten Konzepts aufzunehmen

Abstimmungsergebnis:

Mit 20 gegen 3 Stimmen

Beschluss

Nr.:211

Gegenstand:	Antrag der BWG-Stadtratsfraktion vom 15.03.2015 auf Erhalt des Wohlfühlbades Bulmare
--------------------	--

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 22 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Auf das Schreiben der BWG-Fraktion vom 15.03.2015 wird verwiesen.

Der Bürgermeister stellt zum vorliegenden Antrag fest, dass niemand bisher eine Schließung empfohlen oder beantragt habe.

Eine Dringlichkeit kann deshalb schon zu keinem Zeitpunkt gegeben gewesen sein.

Nach Rücksprache mit der Rechtsaufsicht stellt der Bürgermeister zudem fest, dass es auch keine derartige Empfehlung der Fa. KPMG geben würde. Vielmehr hätte die Fa. KPMG lediglich drei Optionen aufgezeigt.

Entscheidend ist aber, so Bürgermeister Gesche nach Rücksprache mit der Rechtsaufsicht, dass es für eine derartige Weisung an den Aufsichtsrat der Bulmare GmbH, keine Grundlage in der Geschäftsordnung geben würde. Der Antrag ist deshalb nicht zu behandeln.

Beschluss:

Der Antrag der BWG vom 15.03.2015 wird auf Grund der oben vorgenannten Bewertung nicht behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Mit 19 gegen 4 Stimmen

Bei TOP 8 erläuterte Bürgermeister Gesche, dass es sich leider um einen weiteren Showantrag der BWG handelt.

Ganz wesentlich sind hier folgende Dinge:

Niemand hat irgendwann die Schließung des Bades beantragt oder gefordert. Schon alleine deswegen konnte keine Eilbedürftigkeit des Antrages vorliegen.

Die zitierte Fa. KPMG machte zudem lediglich 3 Vorschläge – eine Empfehlung zur Schließung gab es von Seiten der KPMG nicht, dies ist nur eine von mehreren Optionen. Den Weiterbetrieb des Bulmare zu beantragen ist deshalb genauso sinnvoll, wie den Weiterbetrieb der Schule oder des Rathauses zu fordern. Auf Grund der hergestellten Wahrheit und Transparenz nun von Gefährdung des Bades zu sprechen ist unsachlich und ist schlichtweg ein plumper Versuch von den Fakten abzulenken. Vielmehr ist es gefährlich für das Bad, wenn man von angeblich sinkenden Besucherzahlen spricht und dabei bewusst ausblendet, dass man im letzten Jahr einen deutlichen Sondereffekt durch die Schließung des Westbades hatte. Werte Kollegen, der Stadtrat steht in seiner Mehrheit eindeutig hinter dem Bad und noch Mal für jeden zum Mitschreiben, auch ich stehe zu unserem Bad und eine Schließung ist für mich definitiv keine Option. Nur helfen uns keine Lippenbekenntnisse von Stadträten. Viel wichtiger ist, dass wir endlich für eine solide Finanzierung und für eine solide Tilgungsleistung sorgen. Das Bad was einst 17 Millionen gekostet hat, hat heute noch einen Zeitwert von rund 10 Millionen Euro. Es bestehen aber Verbindlichkeiten von rund 28 Millionen EUR. Dem gegenüber steht eine geringe Ansparsumme von nicht mal 3 Millionen Euro und getilgt wurde bis heute kein einziger Cent. Gefährdet ist unser Bulmare also nur, wenn wir so weitermachen wie bisher und da hilft es auch nichts wenn man von Rekordbesucherzahlen spricht oder davon, dass im städtischen Haushalt keine Schulden aufgenommen wurden. Das soll nur davon ablenken, dass es bis heute kein Finanzierungskonzept für das Bad gab.

Meine Damen und Herren, dem Bad helfen keine Showanträge sondern nur eine solide Finanzierung. Für den vorliegenden Antrag ist aber nach Klärung mit der Rechtsaufsicht entscheidend, dass es keine Weisungsbefugnis des Stadtrates an den Aufsichtsrat der Bulmare gibt. Deshalb wird ein Beschluss empfohlen, den vorliegenden Antrag nicht zu behandeln.

Stadtrat Karg erwiderte auf die Rede von Stadtrat Gruber:

Die Fakten werden wieder mal auf den Kopf gestellt in der Manier eines Märchenerzählers, Herr Gruber, aber es ist ja nix neues. Nur einige wenige Beispiele, Baukosten 17,4 Millionen €, bis vor dem Gutachten sagten Sie es wären 15 Millionen €. Ich habe in der Vergangenheit immer gesagt es wären 17 Millionen €. Die Schulden betragen auch keine 28 sondern 26 Millionen €. Sie behaupten, dass die Schulden 100% höher sind als die Baukosten. Bei mir sind $17,4 \times 100$ gleich 34,8 Millionen €. Die Zahl ist aber 26 Millionen. So gehen Sie locker mit

Millionen um, dann sind es halt 10 Millionen mehr, was soll es, so kann man Stimmung machen. Buchverluste: Bei meiner Amtszeit waren es 6 Millionen, jetzt sind es 10 Millionen. Diese Buchverluste sind bis heute nicht realisiert. Es kann genauso gut eine Gegenbewegung zu Schweizer Franken geben als die wo er jetzt in die andere Richtung gegangen ist. Im Internet steht, dass der Schweizer Franken völlig überbewertet wird. Mängelbeseitigung geheim gehalten: Uns war der Ruf des Bades so viel wert, dass wir die Mängel beseitigt haben. Wenn man sagt, das Bad wäre schlechter beieinander als das frühere Freibad, der sagt schlicht die Unwahrheit. 6 Millionen beim Bad dann wurden es 17 Millionen. Hier wird völlig verschwiegen, dass es bei den 6 Millionen eine völlig andere Planung war, die dann verworfen wurde. Es wurde ein völlig neues Bad gebaut und wenn man jetzt so tut als wären die Baukosten einfach so von 6 auf 17 Millionen € gestiegen, dann ist es schlicht Volksverhetzung. Anders kann man das nicht mehr bezeichnen. Es werden nur Unwahrheiten in den Raum gestellt.

Gegenstand:	Anfragen nach § 31 der Geschäftsordnung / Informationen des Bürgermeisters
--------------------	--

Informationen:

Herr Haneder führt aus, dass in der letzten Stadtratssitzung hinsichtlich der Beleuchtungsanlage, im Rahmen der Modernisierungsmaßnahmen Bauabschnitt eins im Museum, folgender Beschluss gefasst wurde.

„Die Verwaltung wird beauftragt in Abklärung mit der Landesstelle für private Museen, die bei einer nicht Beauftragung der Beleuchtung der ausgeschriebenen Beleuchtungsanlage evtl. fördertechnische Gefährdungen abzuklären und mit der Firma ZG Licht Süd die damals ja das wirtschaftlichste Angebot unterbreitet hat aus Nürnberg die Verlängerung der Zuschlagsfrist bis zur nächsten Sitzungsrunde, weitere vier Wochen, auszuhandeln“.

Die Zuschlagsfrist wurde mit der Firma ZG Licht um weitere vier Wochen schriftlich vereinbart. Gemäß VOB ist damit die Firma auch an ihr Angebot gebunden. Die Abklärung der fördertechnischen Gefährdungen bei Nichtbeachtung fand zwischenzeitlich mit der Landesstelle, Herr Dr. Lohr statt. Vorauszuschicken ist, dass die Gesamtmaßnahme über mehrere Abschnitte bewilligt ist und für den ersten Bauabschnitt eine ca. 30%ige Bezuschussung als Anteilsfinanzierung in Aussicht gestellt wurde. Es betrifft in erster Linie die förderfähigen Kosten der einzelnen Modernisierungsmaßnahmen wozu auch die Beleuchtungsanlage zählt. **Herr Dr. Lohr teilte mit, dass bei einer Nichtbeauftragung der Beleuchtungsanlage die Förderung der Gesamtmaßnahme gefährdet sei.** Als Begründung führt Herr Dr. Lohr an, dass die Beleuchtungsanlage bei allen Abschnitten einen wesentlichen Anteil der Gesamtkosten verursacht und als wesentliches Gestaltungselement zur Ausstellung von Objekten im Rahmen der Modernisierungsmaßnahmen zu sehen ist. Das ist der aktuelle Sachstand.

Bürgermeister Gesche:

Vielen Dank Herr Haneder. Soweit zu den Informationen des Bürgermeisters. Ich darf noch den Antrag der BFB-Fraktion, der wenige Minuten vor der Stadtratssitzung, eingegangen ist vorlesen.

Bürgermeister Gesche liest den Antrag mit dem Datum vom 26.03.2015 vor:



Stadt Burglengenfeld
Herrn Bürgermeister
Thomas Gesche
Marktplatz 2-6
93133 Burglengenfeld



2015-03-26

Anfrage zur

Stadtratssitzung am 26.03.2015

Copyright an Bildern im BWG Bürgerinfo Nr.6/März 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gesche,

Wer hält die Rechte an den Bildern in der o.g. Publikation?

Von wem stammen die Aufnahmen?

Für welchen Auftraggeber wurden die Bilder ursprünglich angefertigt? Für Publikationen der Stadt?

Was wurde wem dafür bezahlt?

Sind die Bilder für jedermann frei verfügbar oder besteht ein Erlaubnisvorbehalt durch den Auftraggeber bzw. durch den Photographen.

mit freundlichen Grüßen

Dr. Christina Bernet
Hans Glatzl
BFB-Fraktion

Anfragen:

Stadtrat Krebs:

Als Zeitungsleser habe ich zwei Anfragen.

Erstens: Ich zitiere aus der MZ (KPMG), „ob die Stadt zuvor nachgefragt hat und wer für die Überwachung der Kosten gewesen wäre, blieb trotzdem offen, Hitzek verwies auf den bestehenden Vertrag mit der KPMG“. Meine Frage hierzu: Das ist doch eine verwaltungstechnische Angelegenheit, dürfen wir auch verwaltungstechnische Angelegenheiten ohne Zustimmung der KPMG nicht mehr veröffentlichen und die zweite Frage, „gibt es denn schon Erkenntnisse oder Informationen, in wieweit das KPMG-Gutachten teurer wird als die vom Stadtrat genehmigten 60.000,00 € plus Mehrwertsteuer“.

Zweitens: Betrifft Ihre Pressemitteilung, die wohl eins zu eins abgedruckt worden ist im Lokal. Sie haben dort angekündigt, dass im nächsten oder in einem Mitteilungsblatt der Kassensturz ausführlich dargestellt wird. Dazu hätte ich drei Fragen: dürfen wir denn die Zahlen ohne Einverständnis der KPMG überhaupt verwenden und was darf man verwenden? Im Impressum des Mitteilungsblattes steht der Herr Gluth als Herausgeber und die Stadtwerke. Weiß der Bescheid? Und was sagt er dazu?

Explizit, in diesen Mitteilungsblatt wird erwähnt, dass die Mehrheit des Stadtrates gegen das KPMG-Gutachten gestimmt hat. Sie haben damals die Pressemitteilung noch vor Ende der Stadtratssitzung den Medien übergeben, die nichtöffentliche erfolgte erst später.

Bürgermeister Gesche:

Wieviel das Gutachten teurer wird, können wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht benennen, das ist das einzige, was ich sagen kann, es wird deutlich teurer.

Mitteilungsblatt, was wird veröffentlicht? Was wir veröffentlichen, das ist alles was wir veröffentlichen dürfen. Hier wird eine ganz konkrete Absprache mit der KPMG und zwar mit der juristischen Abteilung der KPMG stattfinden. Ob mit Herrn Gluth gesprochen wird? Selbstverständlich, der Herausgeber ist nicht erst seit gestern auch nicht seit dem vorletzten Mitteilungsblatt die Stadtwerke Burglengenfeld sondern dass ist seit Jahren so, hier werden Stadtwerke und Stadt informiert sein, was dort abgedruckt wird. Die Mehrheit war für die Erstellung eines Gutachtens.

Stadtrat Krebs:

Es ist eine Bitte von uns, dass wenn Sie in einem Mitteilungsblatt einen Kassensturz, so wie in der Pressemitteilung auch veröffentlichen, dass er abgesegnet und geändert worden ist, dass dort zum Ausdruck kommt, dass die Mehrheit des Stadtrates, ihre Meinung hier nicht teilt und es sehr wohl kritisch sieht. Das hat nichts damit zu tun, dass wir damals mitgestimmt haben, wir haben uns einfach ein besseres oder anderes Ergebnis erwartet.

Zweitens: Sie haben meine Fragen nicht beantwortet, warum die Stadt keine Auskunft geben darf ob es eine Überprüfung der Kosten von Stadtseite gegeben hat.

Bürgermeister Gesche:

Eine Überprüfung der Kosten kann es letztendlich nur dann geben wenn die Endrechnung in allen Details vorliegt. Ein besseres Ergebnis Herr Krebs, dass hätten wir uns alle gewünscht vom Kassensturz. Das Mitteilungsblatt berichtet selbstverständ-

lich unabhängig und objektiv.

Stadtrat Krebs:

Wenn Sie das tatsächlich so berichten, müssen Sie auch wissen, Sie haben auch unabhängig und objektiv die Pressemitteilung als Bürgermeister rausgegeben. Sie haben die Pressemitteilung als Bürgermeister rausgegeben über eine Stadtratssitzung die vorher erfolgt ist und die Sie haben tatsächlich vor Ende der Stadtratssitzung hier schon die Bilanz gegeben. Ich weiß nicht ob das unabhängig und objektiv ist z.B. waren unsere Meinungen und auch die Meinungen der anderen Kritiker (ob Freie Wähler Land usw.) dort nicht enthalten. Der Kassensturz wurde einfach nur als abgeschlossen bewertet, doch für uns ist er noch nicht abgeschlossen. Nochmals uns ging es um die Qualität des Prüfberichtes, nicht wie Sie sagten, um die Zahlen, sondern um die Qualität! Wir haben deutlich und klar gesagt, wo wir Schwächen sehen. Ich hoffe sehr, dass die Verwaltung während des laufenden Auftrages mit der KPMG geprüft hat, ob die im Preis und in der Planung drin sind und wenn sie drüber gehen, dass Sie als Chef der Verwaltung ein „Go“ geben, wenn sie teurer werden.

Bürgermeister Gesche:

Da können Sie sicher sein, dass es so ist.

Stadtrat Bösl:

Ich beziehe mich auf die Zeitung, Überschrift „Stadtrat kippt geplanten Windpark“. Der Schwandorfer Stadtrat hat jetzt gleich noch eins draufgesetzt auf unsere Resolution. Er hat den Antrag der Tevaro überhaupt nicht behandelt, sondern sofort den Antrag als Dringlichkeitsantrag eingebracht, Windparkanlagen sind nur zu errichten, wenn die 10H-Regelung eingehalten wird. CSU im Land und Kommunen macht die Windkraft somit tot. Dazu meine Anfrage: Gab es in Burglengenfeld schon Anfragen von Investoren bezüglich eines Windparks?

Bürgermeister Gesche:

Aktuell liegen keine Anfragen von möglichen Betreibern vor und noch ein Kommentar zu Ihrer Frage: Ich finde es war eine sehr weitsichtige und eine sehr bürgernahe Entscheidung die in Schwandorf getroffen wurde.

Stadtrat Bösl:

Wissen Sie wieviel Fläche in Burglengenfeld grundsätzlich geeignet wäre? Läuft in dieser Richtung etwas?

Bürgermeister Gesche:

Es ist insoweit schon etwas gelaufen, als dass genau dieser Windatlas erstellt wurde. Herr Haneder bitte.

Herr Haneder:

Die Stadt wird sich ja in der nächsten Zeit, mit der Änderung des Flächennutzungsplanes beschäftigen müssen. Neu bzw. Überarbeitungen des bestehenden (25 Jahre alt) Flächennutzungsplanes. Neben vielen anderen Themen wird auch das Thema: Solarkollektoranlagen, Freiflächenanlagen, Windkraft, erneuerbare Energien, dass ganze Portfolio wird hier abgearbeitet werden müssen, neben vielen anderen Themen.

Stadtrat Bösl:

Herr Haneder, ist es überhaupt in Burglengenfeld möglich, mit Einhaltung der 10H-Regelung, Windkraft zu betreiben?

Herr Haneder:

Der Planungsgrundsatz ist die 10H-Regelung. Man lebt aber von der Windhäufigkeit und je höher das ganze wird, umso mehr hat man. Das bedarf einer fachtechnischen Planung im Detail und da wird man sich im Rahmen der Flächennutzungsplanung intensiv damit beschäftigen müssen.

Stadtrat Glatzl:

MZ-Artikel, Pflasterbelag an der Ampel hat sich gesenkt. Warum hat sich der gesenkt? Kanalbruch?

Bürgermeister Gesche:

Der Schaden wurden durch die Stadtwerke behoben. Es war keine Unterschwemmung sondern eine Lockerung der Steine durch die Reifenbewegungen.

Thomas Gesche
1. Bürgermeister

Regina Lorenz
Schriftführer/in